



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Florian Köhler** und
Fraktion (AfD)

Korruptionsfall in Münchens Ausländerbehörde: Aufklärung und Generalrevision der Asylzahlen durchführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- eine vollumfängliche Aufklärung zu den Vorgängen bei der Münchener Ausländerbehörde im Kreisverwaltungsreferat (KVR) sicherzustellen und die aktuell vorliegenden Vorwürfe zeitnah und im vollen Umfang dem Landtag vorzulegen. Es muss geklärt werden, wie es zur mutmaßlichen Bestechlichkeit und Urkundenfälschung kommen konnte, welche Herkunft die betroffenen Asylbewerber haben sollen, ob die Tatverdächtigen persönliche Bezüge in diese Herkunftsländer hatten und welche Konsequenzen die Staatsregierung daraus folgert.
- eine systematische Generalrevision der Asylzahlen und Untersuchung auf ähnliche Fälle in ganz Bayern durchzuführen. Dabei soll lückenlos geprüft werden, ob und wo weiterer rechtswidriger Missbrauch bei der Aufenthaltsgewährung stattgefunden hat.
- im Rahmen der Untersuchungen zu klären, ob der Korruptionsfall in der Münchener Ausländerbehörde auch den Fall des Attentäters vom 13. Februar 2025 betrifft, der von der Stadt München eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten hatte, und ob dabei Unregelmäßigkeiten vorlagen. Ziel soll es sein, alle potenziellen Verbindungen zwischen dem Korruptionsskandal und diesem sicherheitsrelevanten islamistischen Anschlag vollständig aufzuklären.

Begründung:

Die Durchsuchung bei der Münchener Ausländerbehörde deutet auf gravierende Missstände im KVR der Stadt München hin. Mitarbeiter sollen gegen Entgelt rechtswidrige Aufenthaltspapiere für 150 Euro pro Fall ausgestellt haben.

Fünf aktuelle und eine ehemalige Mitarbeiterin stehen unter Verdacht. Der Betrug fiel durch aufmerksame Kollegen auf, die eine externe Person bemerkten, die außerhalb offizieller Zeiten Büros besuchte und regelmäßig dieselben Sachbearbeiter traf. Stichproben förderten gefälschte Dokumente und unvollständige Anträge zutage, etwa bei Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen. Ein nicht beim KVR angestellter Mann, ebenfalls in Untersuchungshaft, soll Kontakte vermittelt, Dokumente gefälscht und Bestechungsgelder gezahlt haben – laut „Bild“ mindestens 150 Euro pro Fall in bar.

Sensibilisierte Mitarbeiter, geschult durch Antikorruptionsprogramme, meldeten dies der Innenrevision und dem Antikorruptionsbeauftragten, was die Ermittlungen auslöste.

Dies muss nun umfassend aufgeklärt werden: Wie konnte es dazu kommen, und was unternimmt die Staatsregierung, um solche Vorfälle künftig zu verhindern?

Zudem verschärft der Fall des islamistischen Terroranschlages vom 13. Februar 2025 mit zwei Toten und 37 Verletzten den Fall. Der 24-jährige Afghane soll laut Staatsminister des Inneren, für Sport und Integration Joachim Herrmann nicht ausreisepflichtig gewesen sein, sondern von der Stadt München eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten haben, trotz späterer Radikalisierung. Dies wirft Fragen zur Vergabe von Bleiberechten auf. Eine bayernweite Revision der Asylzahlen ist unerlässlich: Wenn in München derartige Verstöße möglich sind, könnten auch anderswo Missstände vorliegen. In Zeiten angespannter Sicherheitslage ist Nachlässigkeit untragbar. Eine lückenlose Untersuchung muss weitere Fälle aufdecken und kriminelle Bereicherung unterbinden. Der Rechtsstaat muss konsequent handeln, unsere bayerischen Bürger verdienen Transparenz und Konsequenzen!